

Cüberder Volksbote

Organ für die Interessen der werktäglichen Bevölkerung

Der "Cüberder Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierjährlich 2.40 M., monatlich 80 Pf.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Telegrapher Nr. 928.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgesetzte Zeitung oder deren Raum 25 Pf. Verfilmungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Pf., ausdrückliche Anzeigen 30 Pf. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 9.

Donnerstag, den 11. Januar 1917.

24. Jahrg.

Das komplizierte Österreich-Ungarn.

Unzählige der vielen Ministerwechsel, die in den letzten Wochen in unserm verbündeten Nachbarreiche sich ereigneten, und bei den sonstigen Meldungen über die inneren Vorgänge in der Donaumonarchie werden viele Leser wieder bedauert haben, sich in den staatsrechtlichen Verhältnissen unseres Nachbarn nicht zurecht zu finden. Es soll daher in kurzen Zügen Aufklärung darüber gegeben werden.

Wie schon der Name Österreich-Ungarn sagt, handelt es sich um zwei gleichberechtigte, aber zu einem Ganzen vereinigte Staaten. Diese Gemeinsamkeit ist in erster Linie durch die Gemeinsamkeit des Herrscherhauses gegeben. Es bestehen außerdem mehrere wichtige Gemeinsamkeiten, die ihre gesetzliche Grundlage auch in dem vielgenannten "Auseinander" haben. Gemeinsam ist zunächst die f. u. l. Armee und Marine, die Führung der auswärtigen Angelegenheiten, die Verwaltung des Reichslandes Bosnien und Herzegowina und der Reichsfinanzen, gemeinsam sind schließlich eine Anzahl höchster Behörden. Alle gemeinsamen Angelegenheiten sind außerlich schon daran zu erkennen, daß sie mit ihnen besetzten Behörden, wie z. B. auch die Konsulate, den Titel "f. u. l." führen. Dagegen sind die Behörden des Kaiseriums Österreich als "l. l." bezeichnet, die des Königreichs Ungarn als "königlich ungarisch (f. u. l.)".

Neben der gemeinsamen Armee bestehen noch die österreichische Landwehr und die ungarische Honvéd. Man muß nämlich wissen, daß drüben unter Landwehr nicht wie im Deutschen Reich nur eine Reserveformation zu verstehen ist, die erst im Kriege aufgestellt wird; sondern daß es schon im Frieden Landwehrtruppen gibt, zu denen man eben so gut ausgeböhnen wird wie zu gemeinsamer Armee. Diese beiderseitigen Landwehren sind auch vollständig mit allen drei Hauptwaffengattungen, Sanität und sonstigen Erfordernissen, sogar auch mit Musikkapellen, ausgerüstet. Natürlich unterscheiden sie aber in leichter Linie gleichfalls der gemeinsamen Leitung durch den f. u. l. Generalstab.

Da Österreich wie Ungarn selbständige Staaten sind, haben sie jeder eine eigene Regierung mit den üblichen Eingeministerien, darunter auch je einem Landesverteidigungministerium, für die Landwehren, sowie für die Unterstützungs-, Reklamationsangelegenheiten und ähnliche Verwaltungsangelegenheiten. Außerdem besteht in Österreich noch die Einrichtung, doch gewöhnlich noch ein oder mehrere "Minister ohne Portefeuille" dem Kabinett angehören, etwa als Vertreter der Deutschen oder Polen; der letztere ist sogar eine ständige Einrichtung und wird gemeinhin „galizischer Landsmannminister“ genannt. Jahr lang gab es auch einen tschechischen Vertrauensmann im Kabinett, jedoch ist dessen Bureau eben jetzt aufgelöst worden und es ist zurzeit kein solcher ernannt, vielleicht, weil der neue Ministerpräsident Graf Clam-Martinic politisch dem tschechischen Lager zugewandt wurde, vielleicht aber ist es auch als dauernde Maßnahme gedacht.

Außer den beiderseitigen Regierungen gibt es die gemeinsamen Ministerien des Auswärtigen und des Kaiserlichen Hauses, des Krieges und der Reichsfinanzen, welch letzterem auch die Zivilverwaltung Bosniens untersteht. Auch alle Hofämter sind "f. u. l."

Die Kosten für die gemeinsamen Einrichtungen, vor allem also für die Armee und Marine werden von den beiden Staaten in einem durch den Ausgleich genau bestimmten Verhältnis, der Quotient, aufgebracht. Sie beträgt jetzt 34,4 Prozent für Ungarn und 65,6 Prozent für Österreich. Die Zölle an der Reichsgrenze werden von demjenigen der beiden Staaten erhoben, durch dessen Grenze die Ware eingeht, aber vorneweg für die gemeinsame Staatschuld, aber die kommt aus jenen Zeiten, wo Ungarn die 1867 festgestellte Selbständigkeit noch nicht besaß. Seitdem aber werden gemeinsame Staatschulden nicht mehr aufgenommen, wie denn auch im jetzigen Kriege nur österreichische und ungarische Kriegsanleihen gesondert aufgenommen werden.

Das Staatshaupt ist bekanntlich auch nicht etwa Kaiser von Österreich-Ungarn, sondern Kaiser von Österreich und „apostolischer“ König von Ungarn, worum sich noch eine große Anzahl von Titeln als Herrscher der einzelnen österreichischen Provinzen und der ungarischen Nebenländer ranken; darunter sind auch die Herrschaftstitel manches längst nicht mehr unter Habsburgs Szepter stehenden Landes. Sozusagen für den Tagesgebrauch lautet der Titel: „Seine Kaiserliche und Königliche Apostolische Majestät.“

Der Ausgleich ist ein umfangreiches Gesetzgebungsprojekt, das alle zehn Jahre erneuert wird und wodurch die Beziehungen zwischen den beiden Staaten geregelt werden. Er enthält das Zoll- und Handelsbündnis, das zur Folge hat, daß zwischen Österreich und Ungarn keinelei Zölle erhoben werden. Mit dem Geiste dieses Bündnisses sind auch irgendwelche wirtschaftliche Absicherungsmaßregeln eines Staates gegen den anderen nicht zu vereinbaren. Aus dieser Überzeugung wie aus der Not der Kriegszeit kommen die Vorwürfe wegen der ungarischen Beschränkungen der Handlungsmittel ausführlich nach Österreich.

Die Handelsverträge mit dem Ausland werden von Österreich-Ungarn geschlossen. Ebenso sind die Zollsätze gegenüber dem Ausland in beiden Staaten gleich. Da nun Österreich bereits zum industriellen Übergewicht neigt, während Ungarn noch stärker agrarisch ist, da ferner Österreichs Landwirtschaft den Bedarf des Landes nicht entfern zu deßen vermag, ist es naturgemäß äußerst schwierig, zwischen den auseinandergehenden Interessen beider Staaten die richtige Mitte zu finden. In Österreich sind weite Kreise der Bevölkerung gegen die hohen Agrarsätze, die lediglich als im Interesse der ungarischen Großagrarier gelegen betrachtet werden und denen man auch die Schuld daran gibt, daß die Balkanstaaten durch die Erhöhung ihrer agrarischen Einfuhr veranlaßt wurden, sich gegen die österreichische Industrie auszuzeichnen und ihren Bedarf aus anderen entfernt liegenden Industrielandern zu decken. Allerdings mag dazu auch noch befragt werden, daß die österreichische Industrie infolge hoher Eisen- und Maschinenzölle und unter dem Druck eines rückständigen Steuersystems und der gegen die eigenen Interessen protegierten Zünftlerfeuer prämiert wird, etwa die deutsche Industrie, obwohl die Löhne erheblich niedriger sind und die Sozialversicherung lange nicht so ausgebaut ist.

Beide Staaten der Monarchie entbehren der nationalen Einheitlichkeit. Während man aber in Deutschland doch schon so ziemlich allgemein weiß, daß die Deutschen mit ihren zehn Millionen nur eine Minderheit unter den 29 Millionen Österreichern darstellen, ist es nicht so bekannt, daß die Magyaren mit kaum 9 Millionen gleichfalls nur eine Minderheit unter den 20 Millionen Ungarn darstellen. Die übrigen Minderheitsnationen sind in beiden Staaten zum Teil die gleichen — aber während sie in dem auf höherer Entwicklungslinie stehenden Österreich nach und nach Geltung im Staate verschaffen konnten, ist Ungarn das Gepräge eines magnarischen Nationalstaates durch eine scharfe und rücksichtslose Politik erhalten geblieben. Auch dieser

Gegenzug spielt bei den Neubildungen zwischen beiden Reichshälften eine Rolle. Gerade diejenigen österreichischen Politiker, die das Gewicht Österreichs wieder vergroßern wollen, haben nicht selten die „Erweckung“ der nicht magnarischen Nationalitäten Ungarns angeregt. Dadurch führen sich die Ungarn beherrschenden magnarischen Landadel- und Städtekreise bedroht und daraus entstand in den letzten Jahren jener gegen diese, Franz Ferdinand zugeschriebenen, Tendenzen gerichtete Nationalismus, der zwar dort, wo er seinerseits die Lockerung der Gemeinsamkeit zugunsten einer ungarischen Armee und der bloßen Personalunion (Verbindung lediglich durch die Person des Herrschers) verlangte, gejährt, aber aus dem doch auch die ganze Richtung Tisza emporgestiegen ist. Eine große Stärke des Magnarentums liegt eben darin, daß es mit Recht betonen kann, ihm könne nur an einer starken Habsburger Monarchie liegen, da bei ihrem Fehlen die Magyaren nur ein kleines, an Bedeutung naturgemäß geringes Volk wären, während schließlich für die Deutschen wie für die Slawen und Rumänen — rein für sich betrachtet — auch andere Möglichkeiten bestünden, wenn es auch fraglich ist, ob ihre Verwirklichung im Interesse dieser Volksteile läge und zu ihrer Befriedigung auslasten würde. Das Interesse der Magyaren läßt sich mit dem der Dynastie und der zu ihr haltenden Schichten, und darum haben die herrschenden Teile der magnarischen Nation in der Doppelmonarchie heute eine so wichtige Position.

Auf der anderen Seite sehen wir Österreich nach Jahrzehntelangen beispiellosen Kämpfen der Nationen ohne Parlament durch den Krieg gehen und sich seiner Haut entschließen lassen, als man vielfach vorher geglaubt haben mag. Aber die Ausbildung des Volkes von jeglicher Mitbestimmung schwächt natürlich auch das Gewicht der westlichen Reichshälfte im Verbande.

Über die speziell österreichischen Zustände und Errungen werden wir in einem zweiten Artikel berichten.

Vom Tage.

Aus dem gestrigen Tagesbericht ist hervorzuheben, daß die Russen zwischen Jossani und Fundari hinter den Seren zu trüg geworfen worden sind. Dadurch wird Galatz, das nach Blattbermeldungen 60 Stunden ununterbrochen beschossen worden ist, immer mehr gefährdet.

Die offizielle rumänische „Independance Roumaine“ schreibt zur Lage: Die Moldau-Front ist durch die Einnahme Brailas durch die Deutschen in eine gänzlich neue Stellung geraten. Die Deutschen bedrohen nicht nur die Moldau, sondern auch gleichzeitig den jenseitigen russischen Donaustrand. Die Lebensmittelzufuhr der Verbündeten ist unmöglich gemacht, sodaß ein eiliger Rückzug notwendig ist. Das amtliche russische Militärblatt „Ruski Invalid“ beurteilt die Lage an der rumänischen Front ganz pessimistisch.

Der „Avanti“ beschäftigt sich in einem längeren kritischen Aufsatz mit dem Kriegsrat in Rom und macht sich dabei über die italienische Kriegspresse lustig, welche Dingen ihren Beifall spende, von denen sie nicht die geringste Kenntnis besitze und die in die tiefste Finsternis gehüllt seien. Nach der „Kölner Zeitung“ liegt der „Avanti“:

„In den Mutnahmen über die Beratungen der Konferenz herricht der größte Widerspruch. Während die einen behaupten, es handle sich darum, eine offensive großen Stiles in das Gebiet eines benachbarten Staates zu tragen, wird von den anderen vermutet, im Mittelpunkte der Verhandlungen stehe der Feldzug in Mazedonien, und dritte wollen sogar wissen, daß die Kriegsziele, die in Rom beraten wurden, in der Lösung der orientalischen Frage schlechthin bestehen, obwohl man eigentlich wissen könnte, daß eine solche Frage sich nicht innerhalb zweier Tage und im Kreise eines halben Dutzend von Ministern lösen lasse. Dabei wird von anderen, die vom nationalen Größenwahn befallen seien, die Wahl des Konferenzortes damit in Verbindung gebracht, daß man nun bei den Verbündeten einsehen, daß Italien eigentlich das beste Verhältnis für orientalische Fragen und das größte Interesse an ihrer Lösung habe. Damit kommt dem Kriegsrat eine Bedeutung zu die nicht ihren Zweck versieht, in Berlin und Wien den größten Eindruck zu machen, da sein Zusammentreten beweise, daß der Verband noch sehr weit davon entfernt ist, durch das Manöver der Gegner geschwächt worden zu sein.“

Zum Schlus schreibt der „Avanti“: Aus den angeführten Gründen ist es uns nicht möglich, uns dem Beifall und den Wünschen anzuschließen, die die übrige Presse der Konferenz in diesen Tagen gewidmet habe.

Der Geheimrätemerk des Papstes, Prälat Ritter v. Gerlach, mußte Rom verlassen und ist in Lugano eingetroffen. Prälat v. Gerlach ist der einzige deutsche Prälat in der Umgebung des Papstes. Die Entente hat durch die italienische Regierung mit allem Nachdruck die Abreise dieses Prälaten, der dem persönlichen Dienst des Papstes angehört, gefordert. Die „Germania“ legt hierzu: Der Papst mußte sich in seiner Zwangs-

lage dem unerhörten Andrängen der Entente fügen. Man sieht kaum, welchen Wert das Garantiegesetz hat, das Italien hier ebenso verletzt, wie bei der Belagerung des Palazzo Venezia und wie bei einer Reihe anderer Vorkommnisse. Was sagt im übrigen die belgische Regierung dazu? Es läßt sich auch hiermit einverstanden? Was sagen die Katholiken der ganzen Welt zu diesem unerhörten Einheitsstreit gegenüber dem Papste?

Bei der Entente steht der Papst im Verdacht, der Sache der Mittelmächte günstig geprägt zu sein, und das genügt schon, sein Recht zu verleugnen. In Wirklichkeit hat der Papst bisher die strengste Neutralität geübt und lediglich Mahnungen zum Frieden geflügelt, wie er auch praktisch die Menschlichkeit pflegte, so durch seine Anregung zur Überführung kranker Kriegsgefangener in neutrales Gebiet. Daß nur auch dieser Neutralität in seinen Rechten schwer getränkt wurde, wird nicht nur bei den Katholiken, sondern bei allen denkender Menschen erfreut hervorrufen.

Reuter meldet aus Petersburg: Premierminister Trepow und der Unterrichtsminister Ignatiew sind zurückgetreten. Zum Premierminister wurde Fürst Galitzin und zum Unterrichtsminister Senator Kultschitsky ernannt. Ein sicheres Urteil über Trepows Nachfolger läßt sich noch nicht fällen, da man nicht weiß, welcher Galitzin gemeint ist. Es ist wahrscheinlich der Fürst P. D. Galitzin, der bisher keine große politische Rolle gespielt hat, und für einen Mann von gemäßigter konservativer Gesinnung gilt. Er ist am 6. Dezember 1860 geboren und mehr bekannt geworden durch lebhafte Betätigung in gemeinnütziger Bestrebungen als durch seine Schriftstellerkunst. Wahrscheinlich liegt der Grund für den Rücktritt Trepows in seinem Vorzehen gegen die Semtows und gegen die Vereinigungen der Großindustriellen.

Erst am 24. November v. J. war der jetzt gestürzte Trepow an Stelle des (deutsch-freundlicher Regungen verbürgten) Ministerpräsidenten Stürmer getreten. Er führte sich bald darauf mit einer auch für russische Verhältnisse ungewöhnlich grobmündigen „Programmrede“ vor der Duma ein, in der er die Einverleibung Konstantinopels, Ost- und Westpreußens und Galiziens als Russlands Kriegsziel hinstellte. Schon seit längerer Zeit gingen Gerüchte, daß seine Stellung schwer erschüttert sei. Vielleicht ist es gerade die Unentwegtheit seines Programms und dessen allzu weiter Abstand von der militärischen Lage, die ihm den Hals gebrochen hat.

Trepow hat übrigens sicher selbst einmal den Anspruch erhoben, als Staatsmann zu gelten. Seiner Herkunft und Laufbahn nach ein russischstämmiger Militär, hat er auch in der Politik nachgemäß die rohe Gewalt übergeschlagen. Aus seiner Vergangenheit interessiert jetzt bei seinem Sturz wohl am meisten seine Ernennung zum Generalgouverneur von Petersburg am 24. Januar 1905, als der er die Revolution mit blutiger Faust niederrang und seine jüngste Monate später vollzogene Beförderung zum Minister des Innern mit den bezeichnenden Vollmachten eines Kriegsministers.

Doch durch den Ministerwechsel ein Wechsel im Kriege der ruhigen Regierung eingetreten ist, kann nicht angenommen werden. Die Aufgabe des neuen Mannes dürfte in der Hauptsache darin bestehen, beständigende Verhältnisse zwischen der Regierung und der öffentlichen Meinung zu schaffen.

Gerards durchaus unverjährliche Rede auf einem Kongress in Berlin hat in den Vereinigten Staaten anscheinend Mißfallen erregt. — Der „Daily Chronicle“ meldet aus Neugor: Der Minister des Außen in Washington lehnte es ab, solange der Wortlaut der Berliner Rede Gerards über die deutsch-amerikanischen Beziehungen nicht eingetroffen ist, die Angaben darüber als richtig anzunehmen. Derartige Leußerungen traut man dem Botschafter Gerard nicht zu, umso mehr als Präsident Wilson sich bewußte, allen Kriegsführenden das gleiche Vertrauen einzuflößen.

Der Berichterstatter der „Tägl. Rundschau“ im Haag drückt: Die „Central News“ melden aus London: Die „New York World“ die in enger Verbindung mit dem Weißen Hause in Washington steht, erklärt, daß der amerikanische Botschafter in Berlin bei seiner wöchentlichen Rede nicht im Namen des Präsidenten oder des Kabinetts gesprochen habe.

Wer weiß, welchen Kohl man über Gerards Rede nach Amerika gelabelt hat. Denn sonst ist diese Ausregung kaum zu verstehen.

Die „Zugemüller Zeitung“ stellt fest, daß die Neutralen die Hoffnung auf einen demütigen Frieden nicht aufgegeben haben, weil sie die Dinge ruhiger und leidenschaftloser beurteilen. Den Kundgebungen der beiden kriegsführenden Parteien siehe der Wunsch zugrunde, das blutige Ringen einzustellen. Man dürfe sich durch den Ton der beiderseitigen Kundgebungen nicht irre machen lassen. „Wir feiern den Ton schon lange. Nur der einen Seite heißt es: Wir haben gesiegt, auf der anderen: Wir werden siegen. Dies ist ein sehr menschliches Schauspiel. Die Parteien stehen sich gegenüber wie zwei die sich blutig geschlagen haben und gerne mit Glümpf auseinandersehen. Sie geben sich natürlich keine guten Worte zeigen höflich geballten Hände, drohen mit Knüppeln, die sie frisch aus einem Faschinenhaufen gezogen haben. Auf einmal greift der eine das Boot des andern an. Von Raufen gehen sie zu in Diskussion über und schließlich vertreten sie sich. So könnte es auch diesmal gehen. Denk' wenn man von dem Drum und Dran absicht, in das die Versager die beiden Seiten die Kampfscheine einwenden müssten, damit niemand sie der Angst oder Sämmelei zeige, so bleibt schließlich, was in jedem Falle gesagt werden muß.“

Dem Unklugen ist es ganz und gar entgangen, daß wir in den letzten Wochen vor einer schweren Gefahr bedroht waren, die uns vorüber ist. Aber der durch seine Eingabe bekannte Fürst von Salomon steht in der „Unabhängigen Nationalfront“ fest, daß Deutschland einer großen Gefahr glücklich entronnen ist, nämlich der Gefahr des Friedensschusses. Unsere Feinde selber sind so dummkopf gewesen, uns aus jener verweifelten Lage zu erretten, indem sie das deutsche Friedensangebot ablehnten. Waren nämlich unsere Feinde, „wie man es von ihrer Stärke erwarten könnte“, aus das Friedensangebot entzogen, so wäre es uns bei den Verhandlungen ganz eifrig ergangen. Dann, so meint der Fürst von Salomon-Hornmar, „ich kann mir nicht denken, daß Herr von Bernmann, wenn ich mit ihm und den Herren Lloyd George und Friend am Konferenztisch sitzen sollte, in seiner streng reaktionären, konservativen vornehmsten Art ein für Deutschland günstiges Gesicht abgeschlossen hätte; um so weniger als er sicher nur ganz bestehende Wünsche ausgesprochen, wie aber lächerliche Forderungen gestellt und mit allen Mitteln durchgesetzt haben würde.“ Aber dann der törichten Verblendung unserer Feinde und mit dieser unheilsamen Lage ständig entgangen, können „erleichtert aufatmen“ und vor allen Dingen nun mit dem begehrten russisch-amerikanischen Krieg einzehen.“

Es wird immer einige Leute in Deutschland geben, die nicht nur ziemlich so von der Unmöglichkeit der Gegenwart überzeugt sind, wie der Fürst von Salomon-Hornmar. Und die werden könnten, ob es möglich eine Entwicklung für eine Politik darstellt, wenn ihr die Feinde in offenbarkeit in die Hände arbeiten.

Bei der Kriegssitzung des Handelskandes in Berlin sprach auch deutscher Botschafter Dr. Nieder, für die Erwähnung eifriger, auch der österreichische Kriegsmittel aus. Das war nach der bisherigen Haltung Wiens verantwortlich.

Der Fürst hat in der Nähe von London wieder eine Friedensverhandlung, in der Generale Radomski und die Generäle Smolenski sprechen wollten, in der britischen Reise geführt. Das Publikum, darunter viele Freunde, soll nach Kaiser die Redner unterdrücken haben mit dem Ruf: „Wir danken Ihnen, Herr Fürst, jedoch nicht Belgien gerettet.“ Es ist dann zu einer Kavallerie gekommen, in deren Gefecht Soldaten des Sedan-Korps verloren. Nachdem also noch andere kein Einigungswort gefunden hatten. Die Soldaten hatten dann die Fortsetzung des Krieges gefordert.

Iedermann haben die Legitimen die Segen und Segen des Krieges haben und nicht ein eigenes Recht verlangt, doch müssen sie sich nicht für solche widerstreitende und nicht gerechte Maßnahmen schämen.

Generaldirektor Weizsäcker hat es, mit dessen die Geheimredaktion der Berliner gewerkschaftlichen Tageszeitung „Reichsblatt“ des vergangenen Sonntags begann:

Das Jahr 1914 war der Krieg, 1915 war der erste Krieg; 1916 der zweite, zwischen der Schlacht über die Marne bis zum ausgegangen wurde, her die Marne über Jena. Seitdem gab es keinen Krieg mehr, jedoch noch zweig der militärischen Krieg. Sie sind es selbst gemacht haben. Das waren gesammelte Jahre, das waren gesammelte Kriege.

Der Krieg des Jahres 1916 hat die ganze Welt aus der Ruhe gebracht, — eine Ruhe, die nicht anders erzielbar war.

Es war ein Kampf, der wir bis jetzt den Menschen Teil der Kriegszeit nicht gekannt haben. Männer gekämpft haben, bewaffnet zu werden, doch all das ist zwischen sozialen Krieg, dem politischen Krieg, dem sozialen Krieg, und die großen Kriege — militärische Kriege — das in eine sozial-kapitalistische Krieg geschildert hat, was der Krieg war. Es ist keine Krieg mit der Kriegsfront, sondern es ist der sozialen Krieg, der sozialen Krieg und Krieg mit dem Kriegsfronten, die Kriegsfronten nicht gekämpft, nicht vom Kriegskampf, sondern vom Kriegskampf.

Der Krieg des Jahres 1916 hat die ganze Welt aus der Ruhe gebracht, — eine Ruhe, die nicht anders erzielbar war. Es war ein Kampf, der wir bis jetzt den Menschen Teil der Kriegszeit nicht gekannt haben. Männer gekämpft haben, bewaffnet zu werden, doch all das ist zwischen sozialen Krieg, dem politischen Krieg, dem sozialen Krieg, und die großen Kriege — militärische Kriege — das in eine sozial-kapitalistische Krieg geschildert hat, was der Krieg war. Es ist keine Krieg mit der Kriegsfront, sondern es ist der sozialen Krieg, der sozialen Krieg und Krieg mit dem Kriegsfronten, die Kriegsfronten nicht gekämpft, nicht vom Kriegskampf, sondern vom Kriegskampf.

— Wir wollen über dieses Programm nicht diskutieren. Wir sagen nur, daß es ungänglich und furchtbar (so midable) ist, und wenn keine neuen Methoden angewandt werden, die Kräfte der Verbündeten zusammenzusuchen, so ist der Friede in die weite Ferne gerückt. — Stöhlen wir unsere Herzen, es werden Leiden kommen, wie wir sie noch nicht gekannt haben. — Ja, das Programm ist ungänglich und furchtbar. Wir kennen die Kriegsziele Russlands und Italiens, die Friedensziele Englands und Frankreichs. Noch einmal: Wenn diejenigen, die nur zu genug sind, den französischen Imperialismus zu lobpreisen, nicht gleichzeitig ähnliche Anstrengungen machen, wie wir sie machen, so gehen wir nicht einem reichen, glänzenden Sieg entgegen, sondern einem langen, schmerzhaften Hindernis Europa. — Begnügen wir, Arbeiter, das Jahr 1917 mit der Reserve, die wir gegenüber ausbeutenden Unternehmern anzunehmen pflegen. Es wird die Steuern, Zölle, Lebensmittelpreise verdoppeln. Gedenken wir dem ganzen Jahr in die Augen und sagen wir ihm: Deine Vorgänger haben uns Entbehrungen, Opfer und Selbstoverleugnung auferlegt. Du verlangst von uns eine Überanstrengung unserer Muskeln und unseres Willens. Sei es drum! Aber siehe zu, daß deine Nachfolger uns nicht wieder in längsten, in Erhöhung und abgehetzt an der Arbeit finden, bei deren Abschluß wir, wenn wir noch am Leben sind, auf Frieden und Glück hoffen.“

Der Berichterstatter der „Tägl. Rundschau“ im Haag drückt: Die „Central News“ melden aus London: Die „New York World“ die in enger Verbindung mit dem Weißen Hause in Washington steht, erklärt, daß der amerikanische Botschafter in Berlin bei seiner wöchentlichen Rede nicht im Namen des Präsidenten oder des Kabinetts gesprochen habe.

Wer weiß, welchen Kohl man über Gerards Rede nach Amerika gelabelt hat. Denn sonst ist diese Ausregung kaum zu verstehen.

Die „Zugemüller Zeitung“ stellt fest, daß die Neutralen die Hoffnung auf einen demütigen Frieden nicht aufgegeben haben, weil sie die Dinge ruhiger und leidenschaftlicher beurteilen. Den Kundgebungen der beiden kriegsführenden Parteien siehe der Wunsch zugrunde, das blutige Ringen einzustellen. Man dürfe sich durch den Ton der beiderseitigen Kundgebungen nicht irre machen lassen. „Wir feiern den Ton schon lange. Nur der einen Seite heißt es: Wir haben gesiegt, auf der anderen: Wir werden siegen. Dies ist ein sehr menschliches Schauspiel. Die Parteien stehen sich gegenüber wie zwei die sich blutig geschlagen haben und gerne mit Glümpf auseinandersehen. Sie geben sich natürlich keine guten Worte zeigen höflich geballten Hände, drohen mit Knüppeln, die sie frisch aus einem Faschinenhaufen gezogen haben. Auf einmal greift der eine das Boot des andern an. Von Raufen gehen sie zu in Diskussion über und schließlich vertreten sie sich. So könnte es auch diesmal gehen. Denk' wenn man von dem Drum und Dran absicht, in das die Versager die beiden Seiten die Kampfscheine einwenden müssten, damit niemand sie der Angst oder Sämmelei zeige, so bleibt schließlich, was in jedem Falle gesagt werden muß.“

Dem Unklugen ist es ganz und gar entgangen, daß wir in den letzten Wochen vor einer schweren Gefahr bedroht waren, die uns vorüber ist. Aber der durch seine Eingabe bekannte Fürst von Salomon steht in der „Unabhängigen Nationalfront“ fest, daß Deutschland einer großen Gefahr glücklich entronnen ist, nämlich der Gefahr des Friedensschusses.

Unsere Feinde selber sind so dummkopf gewesen, uns aus jener verweifelten Lage zu erretten, indem sie das deutsche Friedensangebot ablehnen.

Waren nämlich unsere Feinde, „wie man es von ihrer Stärke erwarten könnte“, aus das Friedensangebot entzogen, so wäre es uns bei den Verhandlungen ganz eifrig ergangen.

Dann, so meint der Fürst von Salomon-Hornmar, „ich kann mir nicht denken, daß Herr von Bernmann, wenn ich mit ihm und den Herren Lloyd George und Friend am Konferenztisch sitzen sollte, in seiner streng reaktionären, konservativen vornehmsten Art ein für Deutschland günstiges Gesicht abgeschlossen hätte; um so weniger als er sicher nur ganz bestehende Wünsche ausgesprochen, wie aber lächerliche Forderungen gestellt und mit allen Mitteln durchgesetzt haben würde.“ Aber dann der törichten Verblendung unserer Feinde und mit dieser unheilsamen Lage ständig entgangen, können „erleichtert aufatmen“ und vor allen Dingen nun mit dem begehrten russisch-amerikanischen Krieg einzehen.“

Den Unklugen ist es ganz und gar entgangen, daß wir in den letzten Wochen vor einer schweren Gefahr bedroht waren, die uns vorüber ist. Aber der durch seine Eingabe bekannte Fürst von Salomon steht in der „Unabhängigen Nationalfront“ fest, daß Deutschland einer großen Gefahr glücklich entronnen ist, nämlich der Gefahr des Friedensschusses.

Unsere Feinde selber sind so dummkopf gewesen, uns aus jener verweifelten Lage zu erretten, indem sie das deutsche Friedensangebot ablehnen.

Waren nämlich unsere Feinde, „wie man es von ihrer Stärke erwarten könnte“, aus das Friedensangebot entzogen, so wäre es uns bei den Verhandlungen ganz eifrig ergangen.

Dann, so meint der Fürst von Salomon-Hornmar, „ich kann mir nicht denken, daß Herr von Bernmann, wenn ich mit ihm und den Herren Lloyd George und Friend am Konferenztisch sitzen sollte, in seiner streng reaktionären, konservativen vornehmsten Art ein für Deutschland günstiges Gesicht abgeschlossen hätte; um so weniger als er sicher nur ganz bestehende Wünsche ausgesprochen, wie aber lächerliche Forderungen gestellt und mit allen Mitteln durchgesetzt haben würde.“ Aber dann der törichten Verblendung unserer Feinde und mit dieser unheilsamen Lage ständig entgangen, können „erleichtert aufatmen“ und vor allen Dingen nun mit dem begehrten russisch-amerikanischen Krieg einzehen.“

Den Unklugen ist es ganz und gar entgangen, daß wir in den letzten Wochen vor einer schweren Gefahr bedroht waren, die uns vorüber ist. Aber der durch seine Eingabe bekannte Fürst von Salomon steht in der „Unabhängigen Nationalfront“ fest, daß Deutschland einer großen Gefahr glücklich entronnen ist, nämlich der Gefahr des Friedensschusses.

Unsere Feinde selber sind so dummkopf gewesen, uns aus jener verweifelten Lage zu erretten, indem sie das deutsche Friedensangebot ablehnen.

Waren nämlich unsere Feinde, „wie man es von ihrer Stärke erwarten könnte“, aus das Friedensangebot entzogen, so wäre es uns bei den Verhandlungen ganz eifrig ergangen.

Dann, so meint der Fürst von Salomon-Hornmar, „ich kann mir nicht denken, daß Herr von Bernmann, wenn ich mit ihm und den Herren Lloyd George und Friend am Konferenztisch sitzen sollte, in seiner streng reaktionären, konservativen vornehmsten Art ein für Deutschland günstiges Gesicht abgeschlossen hätte; um so weniger als er sicher nur ganz bestehende Wünsche ausgesprochen, wie aber lächerliche Forderungen gestellt und mit allen Mitteln durchgesetzt haben würde.“ Aber dann der törichten Verblendung unserer Feinde und mit dieser unheilsamen Lage ständig entgangen, können „erleichtert aufatmen“ und vor allen Dingen nun mit dem begehrten russisch-amerikanischen Krieg einzehen.“

Den Unklugen ist es ganz und gar entgangen, daß wir in den letzten Wochen vor einer schweren Gefahr bedroht waren, die uns vorüber ist. Aber der durch seine Eingabe bekannte Fürst von Salomon steht in der „Unabhängigen Nationalfront“ fest, daß Deutschland einer großen Gefahr glücklich entronnen ist, nämlich der Gefahr des Friedensschusses.

Unsere Feinde selber sind so dummkopf gewesen, uns aus jener verweifelten Lage zu erretten, indem sie das deutsche Friedensangebot ablehnen.

Waren nämlich unsere Feinde, „wie man es von ihrer Stärke erwarten könnte“, aus das Friedensangebot entzogen, so wäre es uns bei den Verhandlungen ganz eifrig ergangen.

Dann, so meint der Fürst von Salomon-Hornmar, „ich kann mir nicht denken, daß Herr von Bernmann, wenn ich mit ihm und den Herren Lloyd George und Friend am Konferenztisch sitzen sollte, in seiner streng reaktionären, konservativen vornehmsten Art ein für Deutschland günstiges Gesicht abgeschlossen hätte; um so weniger als er sicher nur ganz bestehende Wünsche ausgesprochen, wie aber lächerliche Forderungen gestellt und mit allen Mitteln durchgesetzt haben würde.“ Aber dann der törichten Verblendung unserer Feinde und mit dieser unheilsamen Lage ständig entgangen, können „erleichtert aufatmen“ und vor allen Dingen nun mit dem begehrten russisch-amerikanischen Krieg einzehen.“

Den Unklugen ist es ganz und gar entgangen, daß wir in den letzten Wochen vor einer schweren Gefahr bedroht waren, die uns vorüber ist. Aber der durch seine Eingabe bekannte Fürst von Salomon steht in der „Unabhängigen Nationalfront“ fest, daß Deutschland einer großen Gefahr glücklich entronnen ist, nämlich der Gefahr des Friedensschusses.

Unsere Feinde selber sind so dummkopf gewesen, uns aus jener verweifelten Lage zu erretten, indem sie das deutsche Friedensangebot ablehnen.

Waren nämlich unsere Feinde, „wie man es von ihrer Stärke erwarten könnte“, aus das Friedensangebot entzogen, so wäre es uns bei den Verhandlungen ganz eifrig ergangen.

Dann, so meint der Fürst von Salomon-Hornmar, „ich kann mir nicht denken, daß Herr von Bernmann, wenn ich mit ihm und den Herren Lloyd George und Friend am Konferenztisch sitzen sollte, in seiner streng reaktionären, konservativen vornehmsten Art ein für Deutschland günstiges Gesicht abgeschlossen hätte; um so weniger als er sicher nur ganz bestehende Wünsche ausgesprochen, wie aber lächerliche Forderungen gestellt und mit allen Mitteln durchgesetzt haben würde.“ Aber dann der törichten Verblendung unserer Feinde und mit dieser unheilsamen Lage ständig entgangen, können „erleichtert aufatmen“ und vor allen Dingen nun mit dem begehrten russisch-amerikanischen Krieg einzehen.“

Den Unklugen ist es ganz und gar entgangen, daß wir in den letzten Wochen vor einer schweren Gefahr bedroht waren, die uns vorüber ist. Aber der durch seine Eingabe bekannte Fürst von Salomon steht in der „Unabhängigen Nationalfront“ fest, daß Deutschland einer großen Gefahr glücklich entronnen ist, nämlich der Gefahr des Friedensschusses.

Unsere Feinde selber sind so dummkopf gewesen, uns aus jener verweifelten Lage zu erretten, indem sie das deutsche Friedensangebot ablehnen.

Waren nämlich unsere Feinde, „wie man es von ihrer Stärke erwarten könnte“, aus das Friedensangebot entzogen, so wäre es uns bei den Verhandlungen ganz eifrig ergangen.

Dann, so meint der Fürst von Salomon-Hornmar, „ich kann mir nicht denken, daß Herr von Bernmann, wenn ich mit ihm und den Herren Lloyd George und Friend am Konferenztisch sitzen sollte, in seiner streng reaktionären, konservativen vornehmsten Art ein für Deutschland günstiges Gesicht abgeschlossen hätte; um so weniger als er sicher nur ganz bestehende Wünsche ausgesprochen, wie aber lächerliche Forderungen gestellt und mit allen Mitteln durchgesetzt haben würde.“ Aber dann der törichten Verblendung unserer Feinde und mit dieser unheilsamen Lage ständig entgangen, können „erleichtert aufatmen“ und vor allen Dingen nun mit dem begehrten russisch-amerikanischen Krieg einzehen.“

Den Unklugen ist es ganz und gar entgangen, daß wir in den letzten Wochen vor einer schweren Gefahr bedroht waren, die uns vorüber ist. Aber der durch seine Eingabe bekannte Fürst von Salomon steht in der „Unabhängigen Nationalfront“ fest, daß Deutschland einer großen Gefahr glücklich entronnen ist, nämlich der Gefahr des Friedensschusses.

Unsere Feinde selber sind so dummkopf gewesen, uns aus jener verweifelten Lage zu erretten, indem sie das deutsche Friedensangebot ablehnen.

Waren nämlich unsere Feinde, „wie man es von ihrer Stärke erwarten könnte“, aus das Friedensangebot entzogen, so wäre es uns bei den Verhandlungen ganz eifrig ergangen.

Dann, so meint der Fürst von Salomon-Hornmar, „ich kann mir nicht denken, daß Herr von Bernmann, wenn ich mit ihm und den Herren Lloyd George und Friend am Konferenztisch sitzen sollte, in seiner streng reaktionären, konservativen vornehmsten Art ein für Deutschland günstiges Gesicht abgeschlossen hätte; um so weniger als er sicher nur ganz bestehende Wünsche ausgesprochen, wie aber lächerliche Forderungen gestellt und mit allen Mitteln durchgesetzt haben würde.“ Aber dann der törichten Verblendung unserer Feinde und mit dieser unheilsamen Lage ständig entgangen, können „erleichtert aufatmen“ und vor allen Dingen nun mit dem begehrten russisch-amerikanischen Krieg einzehen.“

Den Unklugen ist es ganz und gar entgangen, daß wir in den letzten Wochen vor einer schweren Gefahr bedroht waren, die uns vorüber ist. Aber der durch seine Eingabe bekannte Fürst von Salomon steht in der „Unabhängigen Nationalfront“ fest, daß Deutschland einer großen Gefahr glücklich entronnen ist, nämlich der Gefahr des Friedensschusses.

Unsere Feinde selber sind so dummkopf gewesen, uns aus jener verweifelten Lage zu erretten, indem sie das deutsche Friedensangebot ablehnen.

Waren nämlich unsere Feinde, „wie man es von ihrer Stärke erwarten könnte“, aus das Friedensangebot entzogen, so wäre es uns bei den Verhandlungen ganz eifrig ergangen.

Dann, so meint der Fürst von Salomon-Hornmar, „ich kann mir nicht denken, daß Herr von Bernmann, wenn ich mit ihm und den Herren Lloyd George und Friend am Konferenztisch sitzen sollte, in seiner streng reaktionären, konservativen vornehmsten Art ein für Deutschland günstiges Gesicht abgeschlossen hätte; um so weniger als er sicher nur ganz bestehende Wünsche ausgesprochen, wie aber lächerliche Forderungen gestellt und mit allen Mitteln durchgesetzt haben würde.“ Aber dann der törichten Verblendung unserer Feinde und mit dieser unheilsamen Lage ständig entgangen, können „erleichtert aufatmen“ und vor allen Dingen nun mit dem begehrten russisch-amerikanischen Krieg einzehen.“

Den Unklugen ist es ganz und gar entgangen, daß wir in den letzten Wochen vor einer schweren Gefahr bedroht waren, die uns vorüber ist. Aber der durch seine Eingabe bekannte Fürst von Salomon steht in der „Unabhängigen Nationalfront“ fest, daß Deutschland einer großen Gefahr glücklich entronnen ist, nämlich der Gefahr des Friedensschusses.

Unsere Feinde selber sind so dummkopf gewesen, uns aus jener verweifelten Lage zu erretten, indem sie das deutsche Friedensangebot ablehnen.

Waren nämlich unsere Feinde, „wie man es von ihrer Stärke erwarten könnte“, aus das Friedensangebot entzogen, so wäre es uns bei den Verhandlungen ganz eifrig ergangen.

Dann, so meint der Fürst von Salomon-Hornmar, „ich kann mir nicht denken, daß Herr von Bernmann, wenn ich mit ihm und den Herren Lloyd George und Friend am Konferenztisch sitzen sollte, in seiner streng reaktionären, konservativen vornehmsten Art ein für Deutschland günstiges Gesicht abgeschlossen hätte; um so weniger als er sicher nur ganz bestehende Wünsche ausgesprochen, wie aber lächerliche Forderungen gestellt und mit allen Mitteln durchgesetzt haben würde.“ Aber dann der törichten Verblendung unserer Feinde und mit dieser unheilsamen Lage ständig entgangen, können „erleichtert aufatmen“ und vor allen Dingen nun mit dem begehrten russisch-amerikanischen Krieg einzehen.“

Den Unklugen ist es ganz und gar entgangen, daß wir in den letzten Wochen vor einer schweren Gefahr bedroht waren, die uns vorüber ist. Aber der durch seine Eingabe bekannte Fürst von Salomon steht in der „Unabhängigen Nationalfront“ fest, daß Deutschland einer großen Gefahr gl

lichen Frieden geopfert werden. . . Bei klarer Erkenntnis dieser Sachlage müssen wir befürchten, daß wir einem verhängnisvollen neuen Wiener Kongreß zuziehen, auf welchen dem deutschen Kriege die erwünschten Daumenschrauben aufgelegt werden sollen. Es erfüllt uns mit der ernstesten Sorge, daß der Herr Reichskanzler den noch heraufsteigenden Schwierigkeiten nicht gewachsen sein könnte. Zudem hat er dadurch, daß er öffentlich im Reichstage das deutsche Volk mit dem Fluch des Völkerrechtsbruches belastete, während doch ein Vertrag mit Belgien Preußen in einem Kriege gegen Frankreich das Besiegungsrecht Belgiens gab, dem zu erstrebenden deutschen Frieden ein schweres Hindernis bereitet. Das deutsche Volk darf daher wohl erwarten, daß der deutsche Reichskanzler wohl zum Wohle des Vaterlandes und der deutschen Zukunft einem andersgearteten Manne den Platz räumt."

Den gleichen Ton schlägt Graf Reventlow in der „Deutschen Tageszeitung“ an. Der Reichskanzler habe mit seiner Bemerkung am 4. August 1914, daß wir Belgien gegenüber das Völkerrecht verletzt haben, den Gegnern eine Waffe in die Hand gedrückt. Die Gegner argumentierten: „Der deutsche Reichskanzler will Frieden, will aber die Bedingungen nicht nennen. Er kennt unsere Hauptbedingungen, zumal was Belgien anlangt, er hat selbst das Unrecht gegen Belgien anerkannt. Also warum bekennt er sich nicht zur Fortdauer des Völkerbandes, daß das belgische Unrecht vom Deutschen Reich gutgemacht werden müsse? Er spricht von Verträgen, von Frieden, und von internationalen Vereinbarungen, er leugnet die Schuld des Deutschen Reiches am Kriege, und doch hat er die Schuld offen zugestanden und seine Nachahzung internationalen Verträgen gegenüber dem britischen Botschafter Goschen offen ausgesprochen.“ An diesen Tatsachen könne man nicht einfach vorbeigehen, weshalb man sich nur von rücksichtsloser Anwendung der zu Gebote stehenden Kriegsmittel die einzige heilsame Lösung aller Fragen versprechen könne.

Die Schuldenentlastung nach dem Kriege.

In seiner bereits erwähnten Rede in Hannover hat der Udg. Stremann dem Bericht der „Nationalzeitung“ zufolge auch ausgeführt:

„Die aufgehäuften Kriegsschulden werden voraussichtlich im Reiche neue Steuern im Betrage von 6—7 Milliarden Mark nötig machen. Dazu kommen neue Steuern in den Bundesstaaten und neue Steuern in den Gemeinden. Man ist sich an den maßgebenden Stellen über zwei Gesichtspunkte klar, darüber nämlich, daß diese Steuern nicht auf die Dauer aufzubringen sind, sondern daß ein Teil der Schulden sofort abgetragen werden muß durch weitgehende Vermögensabgaben — unter Einschluß auch der kleinen Vermögen — im Betrage von einem Drittel bis ein Drittel des Vermögensbezirks. Man ist sich weiter klar darüber, daß man an den nicht besitzenden Kreisen nicht vorbeigehen kann.“

Dass man sich über letzteres klar ist, unterliegt natürlich seinem Zweifel, der Anfang ist ja auch bereits mit den Tabakabgaben gemacht worden. Neu ist nur die positive Sicherheit, mit der Herr Stremann die teilweise Konfession der Vermögen ankündigt. Würde man sich entschließen können, etwa 75 Prozent der Kriegsgewinne dem Reiche zuzuführen, dann ließe sich schon ein erheblicher Teil der Schulden decken. Den Weg dazu hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion schon bei der Beratung der letzten Steuer-Vorlagen gezeigt.

Spanien.

Die Ministerkrise ist beigelegt worden; das bisherige Ministerium bleibt im Amt.

Der amtliche Kriegsbericht.

Erhöhte Kampftätigkeit im Westen und Oster

WTB. Großes Hauptquartier, 11. Jan. (Amtlich)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Im Ypern- und Monschauete-Bogen, an der Aare, der Sambre und beiderseits der Maas erreichte der Artillerie- und Minenkampf zu einzelnen Tagesstunden beträchtliche Stärke. Nördlich von Ypern ist ein feindlicher Angriff unter schweren Verlusten für den Gegner abgeschlagen. In schmaler Front eingedrungene Engländer wurden im Gegenseitig zurückgeworfen.

Auch südlich Ypern blieben Vorstöße stärkerer feindlicher Panzertruppen erfolglos.

Bei Beaumont gelang es dem Feinde, ein vorpringendes Grabenkult untere Stellung zu beziehen.

Unsere Flieger schossen zwei englische Fesselballoons ab, die brennend abstürzten.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Lebhafte Artilleriekampftätigkeit zwischen Riga und Smorgon folgten gegen verschiedene Stellen dieser Front während des gestrigen Tages, in der Nacht und heute morgen schwere russische Angriffe und Vorstöße stärkerer Abteilungen, die respektlos abgewiesen wurden.

Front des Generalobersten Erzherzog Josefs.

Der gefährliche Tag brachte den deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen in schwierigem Gebirgskampf zwischen Uzo- und Susita-Tal weitere Erfolge. Mehrere Stützpunkte wurden dem Feinde entrissen. Nördlich der Uzo-Straße nahm das Infanterie-Regiment 189 unter Führung seines tapferen Kommandeurs stark ausgebaut, zahlreiche Höhenstellungen.

Bei Marassi und Racca wurde die gewonnenen Linien gegen feindliche Angriffe behauptet.

An Gefangen en sind 6 Offiziere und über 800 Mann, an Waffen & Maschinengewehre eingebracht.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Keine Ereignisse von wesentlicher Bedeutung.

Mazedonische Front.

Patrouillenkämpfe an der Struma waren für uns erfolgreich.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

notes stehenden und die Verwaltung regelnden und ordnenden Ausschusses zu arbeiten hat. In letzterem sollen unter dem Vorsitz eines Mitgliedes des Senates neben zwei bürgerlichen Mitgliedern Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu gemeinschaftlichem Wirken berufen sein.“

Schon ein flüchtiger Blick auf den Gesetzentwurf und seine Begründung zeigt, wie wenig die vorgeschlagene Regelung der Arbeitsnachweisfrage den Forderungen der Arbeiter Rechnung trägt. Von einer Vereinfachung der Arbeitsvermittlung ist nirgends die Rede. Es handelt sich in der Vorlage im wesentlichen nur um einen kleinen Umbau des Arbeitsnachweises auf der Parole, neben dem die zahlreichen anderen Facharbeitsnachweise weiterbestehen sollen. Von einer Parität im Verwaltungsausschuß des Arbeitsnachweises ist auch nichts zu spüren. Neben 4 Arbeitgebern, 2 bürgerlichen Deputierten und einem Senatsmitgliede sollen 3 Vertreter der Arbeiter sitzen. Das Verhältnis von drei zu sieben wird wohl niemand als Parität bezeichnen können! Wie aus der Begründung ersichtlich ist, hat der Senat nur die Handels-, Gewerbe- und Landwirtschaftsstämmer vor der Aufstellung des Gesetzentwurfs gehört. So sieht es denn auch aus. Wenn der Senat meint, daß die von ihm vertretenen Kreise in erster Linie mit dem Nachweise arbeiten sollen, so ist ihm dabei ein recht erheblicher Fehlzug passiert, denn auch Tausende von Arbeitern und Arbeitnehmerinnen jagen gleichfalls mit dem Arbeitsnachweis arbeiten. Daß man diese resp. ihre Vertreter nicht auch vorher um ihre Meinung gefragt hat, ist eine Unterlassungsfürde, die gerade in der Kriegszeit, wo doch die Arbeiter in dem gleichen Maß ihr Blut hergeben müssen, wie die von den Handels- und anderen Kammervertretenen Kreisen, wo ihre Familien unter den Ernährungsschwierigkeiten noch mehr leiden als jene, besonders schwer wiegt. Wir wollen nur hoffen, daß die Bürgerschaft das Arbeitsnachweisgesetz so umgestaltet, daß es wirklich sozialer Gerechtigkeit und den Ansprüchen einer fortgeschrittenen Zeit entspricht.

Die Versammlung der Bürgerschaft am Montag, dem 15. Januar, hat folgende Tagesordnung zu erledigen: I. Mitteilungen des Senates. II. Anträge des Senates: 1. Beitrag zu den Kosten der Arbeiterkolonie Riedling. 2. Herstellung dreier Strandbuhnen am Brodtenner Ufer. 3. Errichtung eines Kinderheims im Hause Schildstraße 12. 4. Gewährung einer Vergütung an den Brodtolfsführer des Seeraums. 5. Erlass eines Geheges, betreffend Auswendung des Einflommensteuergeleches auf Militärpersonen. III. Zweiter Bericht der Kommission zur Prüfung der Verhältnisse der Stadthalle. IV. Eingabe des Postboten Ehlers, Frost und Schell und der Postchaffner Volkholt, Möller und Peters wegen Gewährung von Arbeitserwohnarten an Kriegsinvaliden zur Benutzung der Straßenbahn für den Weg zu den Arbeitsstätten.

Hat die Bürgerschaft mit ihrer Zustimmung zur Vergabe einer Hypothek sich auch zugleich mit der Ausübung dieses Postens bei der Zwangsversteigerung einverstanden erklärt? Diese Frage beschäftigte eine Kommission der Lübecker Bürgerschaft, welche die Verhältnisse der Stadthalle zu prüfen hatte. Durch die Belehrung des Stadthallengrundstückes mit einer Hypothek von 100 000 Mark kam der lübeckische Staat vor etwa 1½ Jahren in die Verlegenheit, dieses Grundstück in der Zwangsversteigerung zu verkaufen zu müssen oder die Hypothek von 100 000 M. ausfallen zu lassen. Er erworb das Grundstück, ohne die Bürgerschaft darum zu fragen. In der Bürgerschaft wurde die Ausübung des Postens seinerzeit stark befürwortet und betont, der Staat hätte die 100 000 M. lieber verlieren sollen, da ihm jenes Grundstück noch große und laufende Kosten verursachen werde. Ein weiterer Streitpunkt war der, ob die Behörde überhaupt berechtigt war, ohne Befragung der Bürgerschaft den Posten zu verteilen. Die Senatskommission und einige der Bürgerschaft angehörige Juristen verzögerten dagegen den Standpunkt, daß die Bürgerschaft durch Finanzbehörde durch die Billigung der Belehrung die Gewährung zur Verteidigung des Postens verhindern habe. Die Bürgerschaft lehnte damals eine Kommission zur Prüfung der Streitfrage ein, deren Bericht jetzt vorliegt. Sie bestreitet entschieden, daß in der Vergabe der 100 000 M. eine Ermächtigung der Finanzbehörde zu erkennen sei, zur Rettung der Hypothek das Grundstück in der Zwangsversteigerung zu erwerben und schlägt eine Verfassungsänderung vor, um für die Folge jeden Zweifel auszuschließen. Die Kommission beantragt, dem Artikel 51 der Verfassung am Schlus anzufügen: „Zur Ausübung von Rechten des Staates an Grundstücken in der Zwangsversteigerung ist die Zustimmung der Bürgerschaft nicht erforderlich, sofern es sich um mündliche Rechte handelt.“ Für den Artikel 69 wird folgender Zusatz beantragt: „Bei Ausübung von Rechten des Staates an einem Grundstück über der Bürgerausschüttung in allen Fällen die Zustimmung der Bürgerschaft aus.“

Ermäßigung der Getreide-Höchstpreise. Die Reichsgesetzgebung teilt mit: Die Höchstpreise für Roggengen und Weizen ermäßigen sich nach dem 31. März um 15 Mark für die Tonnen. Maßgebend für die Berechnung des Höchstpreises ist der Tag der Festsetzung des Getreides. Nach dem 31. März darf auch in solchen Fällen der bisherige Höchstpreis nicht mehr bezahlt werden, in denen die frühere Ablieferung infolge von Umständen unmöglich war, die der Getreidebesitzer nicht vermeiden und nicht voraussehen konnte. Die zurzeit schon bestehenden großen Schwierigkeiten der Eisenbahnwagenlieferung, durch die an manchen Stellen auch Kohlemangel verursacht wird, dürfen vorausichtlich die nächsten Monate bestehen bleiben. Sie werden sich naturgemäß noch verschärfen, wenn in den letzten Wochen vor dem 31. März von allen Seiten Eisenbahnwagen für Getreidelieferungen angefordert werden. Deshalb wird den Getreidebeschaffern dringend empfohlen, so schnell als möglich ihr Getreide auszudreschen und zur Ablieferung zu bringen. Es muß darum gewarnt werden, bis in die letzten Wochen des März mit den Getreidebeschaffern zu warten.

Wichtig für Reisende ins Ausland. Bei allen Grenzübergangsstellen findet eine genaue Prüfung des Papiergebotes statt. Ein- und ausreisende Reisende wird daher empfohlen, ausführlich die Grenzabfertigung eine möglichst geringe Zahl von Scheinen, gegebenenfalls solche von höherem Wert mit sich zu führen. Bei dieser Gelegenheit wird auch auf die bestehenden Ausfuhrverbote von Gold- und Silbergeld hingewiesen.

Marmelade für die Zivilbevölkerung. Wie Berliner Blätter erzählen, steht nunmehr eine regelmäßige Versorgung der Zivilbevölkerung mit Marmelade unmittelbar bevor. Um eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Marmeladen vorzunehmen, mußte eine Streitung durch Justiz von Rüben erfolgen, die nach vielen Verhandlungen jetzt in zufriedenstellender Weise erfolgt ist. Die Vorräte sind so groß, daß nicht nur Heer und Marine, sondern auch die Zivilbevölkerung den notwendigsten Bedarf bis Mai und Juni 1917 erhalten kann. Bei der Rostocker Versteilung am 15. Dezember 1916 geht die Versteilung über die Kommunen, die die Marmeladen durch das Reichshandelsministerium vornehmen. Der Preis für die gestreute Marmelade und Apfelmarmelade wird sich im Kleinhandel auf etwa 50 bis 60 Pfennig das Pfund stellen. Die Versteilung wird bereits in den nächsten Tagen in den Großstädten beginnen.

ii. Im Hanjo-Theater sollte gestern abend „Der Zug“ aufgeführt werden, die hier noch von früher bekannte Operettenteile mit Alten von Walter Kollow, erstaunlich über die Bühne. Wenn der ersten Aufführung auch noch gewisse Schäden und kleine Unsicherheiten anhingen, so wurde doch im ganzen flott und mit Liebe gespielt. Um die Aufführung machten sich besonders verdient die Damen Paula Franks, Fritz Kroll und Else Schröder-Kanna, von welchen der Herr Ludwig Braun, der auch für die Spielleitung zeichnet und H. Franken, der die Zugbaron alias Blaulichtblau spielt. Auch die kleinen Rollen waren in durchweg guten Händen, jedoch bei den in Aufführung stehenden Wiederholungen sicher eine wohlabgerundete Vorstellung zu erwarten. Die vor kommenden Tagen werden mit Grazie und Geschick ausgeführt und möglicherweise einzelne dieser Tänze werden, wie dem Titel enthaltenen zahlreichen Schlager wiederholt werden, wie denn auch das ziemlich zahlreich erschienene Publikum mit dem Beifall nicht lange...

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Donnerstag, 11. Januar.

Klage der Witwe.

Mit riant die kühle, schwarze Flut von Stirn und Nase auf die Hand, läßt den schönen, heißen Blut verschütten in Schutt und Sand.

Wohl kommt noch manchesmal der Wind weht mir den Schleier vom Gesicht, ich aber — licht und lebensblind — ich sch' dich nicht, ich seh' dich nicht!

Ja, wäre nur ein Hügel mein, mit wenig Blumen ausgeschmückt, die Handvoll Land, der Zweig, der Stein, danach du dich allein gehüft: Wie wär' ich stark in aller Not, die mit ein letztes Zeichen gab. So nahm mir räuberischer Tod mit deinem Leben auch dein Grab.

Der Totenvogel schlucht und singt in mancher Nacht vor unserm Hause. Daz sie mir letzte Kunde bringt, Schieß ich dann meine Schußfahrt aus. Doch immer, immer bleibt es Nacht, ich kann nicht sehn, kann dich nicht finden und muß in dunkler Witwentraut als dein lebendiges Grämal gehn.

Karl Bröger.

Die Errichtung eines öffentlichen Arbeitsnachweises auf paritätischer Grundlage ist eine von den lübecker Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Bürgerschaft einstimmig widerholt erhobene Forderung. Der Zweck war vor allem, die hier bestehende Zerrissenheit in der Arbeitsvermittlung, die natürlich ihr verschiedenes Seiten und Ursachen hat, zu befeiigen und den Arbeitsnachweis möglichst einheitlich zu gestalten. Dass manche gewerbliche Organisationen bei der Durchführung dieses Gedankens gut funktionieren und ihnen liebgewordene Einrichtungen aufgeben müssen, ist unvermeidlich und wird um der Sache willen mit in den Kauf genommen. Langsam hat sich der Senat gestraubt, um die Regelung des Arbeitsnachweisfrage in Lübeck heranzutreten. Erst die Kriegsverhältnisse haben ihn dazu geführt. Der aus der Parade eingerichtete Arbeitsnachweis, der gemischt aus einem provisorischen Charakter trug, war der Anfang. Jetzt ist der zweite Schritt gefolgt. Der Senat legt der Bürgerschaft nachstehende Gesetzentwurf vor, den gestern der Bürgerausschuß zur Prüfung an eine Kommission verwies, der u. a. die Genossen Hoff und Löwitz angehört:

§ 1. Für das Gebiet der freien und Hansestadt Lübeck wird ein öffentlicher Arbeitsnachweis errichtet. Bei ihm können durch Beschluss des Senates nach Anhörung der Gewerbeaufsichtsräte und der Handelskammer Sonder- und Spezialregelungen erweitert werden.

Vor dem hiesigen Schöffengericht hatte sich am Dienstag der Kaufmann B. von hier zu verantworten, der beschuldigt wurde, sich gegen die Bundesratsverordnung betreffend den Handel mit Lebensmitteln und den Kettenhandel vergangen zu haben. Der Angeklagte hat im August 1916 in einem auswärtigen Platz eine Anzeige veröffentlicht, in welcher er sich ohne vorherige Genehmigung des Polizeiamtes zum Erwerb von Lebensmitteln, nämlich Milchzucker, erbot. Zu seiner Rechtfertigung gab B. an, daß Milchzucker kein Nahrungsmittel sei. Im Gegensatz zu dieser Ansicht befunder der als Sachverständiger vernommene Physikus, daß Milchzucker in erster Linie zu den Lebensmitteln gerechnet werden müsse. Das Urteil lautete auf 15 M. Geldstrafe.

Vereine vom Roten Kreuz, Abteilung für Lebensgaben. Man schreibt uns: Es dürfte allgemein interessieren, daß in keinem der beiden vorhergehenden Jahre so viele Dankesbriefe für Weihnachtsgaben aus dem Felde eingegangen sind wie dieses Mal. Kommt auch in manchen Schreiben das wehmütige Gefühl des Fernseins von den Angehörigen zum Ausdruck, so überwiegt bei der Mehrzahl doch die Freude und die Anerkennung darüber, daß trotz der Knappheit in der Heimat ihrer reich gedacht wurde. Bei jedem, der dazu beigetragen hat, unseren Brüder im Felde das Fest zu verschonen, wird das ein angenehmes Vergnügen erwachen. Ihnen allen sei hiermit nochmals herzlich gedankt.

Stadttheater. Als Erjaz für die aus dem Verhilde des Stadttheaters ausscheidende Koloratursängerin Fr. Schadom ist Fr. Elisabeth Imme vom Hoftheater Weimar verpflichtet worden.

pb. Kaninchendiebstahl. Aus einer Gartenbude der Landesreiter zwischen der Broesestraße und der Lohmühle sind in der Nacht zum 10. d. M. 1 blonde Wiener Häs, 1 blau und weiße Häs, 1 graue belgische Häs und 1 gelber Kaninchensack gestohlen worden.

pb. Verlorenwunde Brieftasche. Am 9. ds. Mts. ist einem Offizier am hiesigen Bahnhof eine Brieftasche, enthaltend ein Ausweis zur Teilnahme an Preisprüfungskommissionen, eine Mitgliedskarte vom Offiziers-Verein, abhanden gekommen. Beide Legitimationen lauten auf den Namen Sager. Ferner erhielt die Tasche außer Brot, Fleisch- und Seifenkarte pp. etwa 270 Mark in Goldscheinen. Sachdienliche Mitteilungen werden im Bureau der Kriminalpolizei entgegengenommen.

pb. Diebstähle. Von dem am Wiesenweg belegenen Pachtland ist am 9. ds. Mts. ein kleiner Kinderwagen gestohlen worden. Als Täter dürfen Kinder in Frage kommen. Aus einem Maschinenkuppen in der Königstraße ist in der Nacht zum 9. ds. Mts. ein 5 Meter langer und etwa 10 Zentimeter breiter gebrauchter Treibspaten gestohlen worden. In der Nacht zum 10. ds. Mts. sind aus einer Weinhandlung an der Obertrave 2 Gläsern Arzaf, 3 Gläsern Purisch und ein Wiener Herren-Uberzieher mit schwarzen Samtkitteln gestohlen worden. Letzterer trägt im Aufhängsel den Namen "Martin Lübeck"; er trägt zwei Röthen Knöpfe. In dem schwarzen Futter des Überziehers befindet sich außer 2 Bruststücken eine sog. Astrolithe.

Hamburg. Die Bürgerlichkeit bewilligte weitere 20 Millionen für außerordentliche Kriegsausgaben im ganzen (185 Millionen) und genehmigte die Vorlagen zur Vermehrung der Staatsaufnahmen mit Ausnahme der Erhöhung des Wassergeredes. In der allgemeinen Beratung nahm

Der „Lübeder Volksbote“

ist das
volkstümlichste Blatt Lübecks
und der Umgegend.

Er erläutert die Kriegsereignisse in streng wahrheitsgemäßer, für den einfachen Mann verständlicher Art!

Er scheidet alle Sensationsnachrichten aus und macht unverblüffte Nachrichten als solche kenntlich!

Er kämpft gegen den Wucher und die Preistreiberei unserer Lebensmittel und Gebrauchsartikel!

Er tritt für eine ausreichende und gerechte Kriegsförderung ein!

Er berät die Kriegerfamilien in allen Fragen der Unterstützung und Versorgung!

Er wirkt gegen den Völkerhass und bahnt einer friedlichen Versöhnung den Weg!

Er wird in vielen Exemplaren von den Soldaten im Felde gelesen und täglich aufs neue von Ihnen verlangt!

Der „Lübeder Volksbote“ vertritt die Interessen der Werkstätten aller Berufe und Stände in dem Rahmen, den die verschärften Gesetze zulassen!

Man überzeuge sich durch ständiges Lesen des „Lübeder Volksboten“!

Jeder Arbeiter, jeder Bürger, jeder Beamte hat das Recht, den „Volksboten“ zu lesen und wird ihn bald nicht mehr aufzuhören wollen.

Einzelnummer 10 Pf. Monatlich ins Haus 80 Pf.

tragen, die einen Steuerabfall von 1 pro Mille und für die nächsten drei Jahre progressive Zuschläge bis zu 3 pro Mille vorheben, ohne wesentliche Gründungen gutgeheissen, ebenso das Erbbausteuergesetz. Eine lange Begründung rief dagegen das Urteil auf. Erhöhung des Wassergeldes hervor, die nachdem Geiste Stubbé, Dr. Bauer, Dr. Ehdelbüttel und Huene für die Ablehnung eingetreten waren, während sich Ramelsk als Grundbesitzer auf den entgegengesetzten Standpunkt stellte und kündigte von der Linke nach einer kurzen Erklärung des Senators Dr. Schaefer dem Senat die Schuld dafür aufzuführen, wenn bei eventueller Ablehnung der Erhöhung des Wassergeldes die übrigen Vorlagen scheiterten, in namentlicher Abstimmung mit 76 gegen 53 Stimmen abgelehnt wurde. Der Erhöhung des Gaspreises stimmte die Bürgerschaft zu.

Hamburg. Ein großer Diebstahl und Schleicher ist die hiesige Kriminalpolizei auf die Spur gekommen, und nicht weniger als 13 Personen konnten bisher in dieser Angelegenheit verhaftet, 250000 Mark bar und große Mengen Nahrungsmittel beschlagnahmt werden, doch ist die Voruntersuchung noch nicht abgeschlossen. Als Hauptbeteiligter muß ein Kolonialwarenhändler bezogen werden, der sich zunächst dadurch verdächtig machte, daß er einem Kaufherrn 13 Sachen gestohlene Weizenmehl — der Diebstahl wurde ihm an dieser Stelle gemeldet — abkaufte. Bei der Beschlagnahme dieses Mehls wurden in den Geschäftsräumen des Verhafteten noch viele andere Waren, so u. a. 100 Sac Kaffee, deren rechtmäßigen Erwerb er nicht nachweisen konnte und deren Existenz dem Kriegsversorgungsamt nicht bekannt war, vorgefunden. Weiter wurde er dadurch verdächtigt, daß man in seinem Hause rund 140000 Mark, teils bar, teils in Wertpapieren, vorsandt, eine Summe, die mit seinem gewöhnlichen Betriebssatz in keinerlei Verhältnis steht. Das Geschäft ist daraufhin seit einiger Zeit polizeilich geschlossen worden. Die eingeleitete Untersuchung führte dann zu der Feststellung, daß sich aller Wahrscheinlichkeit nach auch mehrere seiner Geschäftsfreunde der Schleicher schuldig gemacht haben, was weitere Verhaftungen zur Folge hatte, u. a. wurden ein Getreidehändler L. und ein zweiter Kolonialwarenhändler in Untersuchungshaft abgeführt, ebenso ein Ewerführer. Bei diesem wurden bei der Haussuchung, teils auf dem Boden versteckt, rund 100000 Mark vorgetunden, über deren Erwerb er unglaubliche Angaben machte.

Großkümmende. Schiffszuglück. Der dänische Dampfer "Bretrolea" traf Dienstag abend mit den überlebenden Deutschen zusammen, der sofort sank. Vier Männer wurden gerettet, sieben ertranken, darunter der Kapitän und der Steuermann. "Bretrolea" traf Dienstag abend mit den überlebenden Deutschen in Kopenhagen ein. — In dem Seepehör über den Zusammenschluß des Großkümmender Fischdampfers "Proteus" mit dem dänischen Dampfer "Bretrolea" erklärte der nachhabende Steuermann des dänischen Dampfers, daß der Fischdampfer kurz vor dem Zusammenschluß seinen Kurs änderte, sodass der Zusammenschluß unvermeidlich wurde. Die deutschen Überlebenden sind ein Maschinist, ein Seizer und zwei Matrosen, die in dem Augenblick des Zusammenschlusses unter Deck waren. Sie können nichts über die Kursänderung aus sagen, auch sich die Ursache nicht erklären; sie sehen den Tod der übrigen Besatzung für wahrscheinlich an.

Berantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwitz, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwart. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Achtung Lederverförgung!

Die Aussicht der Sozialen ist so düster, da der knappe Lederpreis der Lübeck überwunden wurde, aufgrund dessen in Sobald wieder neues Leder ankommen ist, wird jedoch in der nächsten Woche bestimmt gemacht.

Der Ausdruck für Kriegshilfe.

Aussicht: Lederverförgung.

| | |
|---|---|
| Zum 1. April 2. zum Wohnort und Soz. in Zeit zu vertraut. Fr. 24. 1917. Martin. 10. 1917. | Stutz- u. Schweif-Pferdehaare 4.60—5.50 M. |
| zu verkaufen u. Rahmohne, die Federschäfte und eine Schnalle. Fr. 10. Maret 10. 1917. | Reine Ochsenhaare 3.00—3.50 M. |
| 80 Ferkel und gräß. Zogänger | Mähnenhaare 3.00—3.50 M. |
| zu verkaufen. J. Kläwer, Gesamtheit 100 M. | Hausschlampen 10.—12. M. 1917. |
| Knochenverkauf. | Knochen 5.—12. M. |
| Freitag, den 12. Januar 1917 Fr. 10.00—11.00 u. 12.00 M. 1917. | Lissauer, R. Böckeler 8. (15) |
| Paul Lohrmann. | |

Hesses Volksbücherei

Jede Nummer kostet 20 Pfennig.

Es ist möglich bis zu 100 Ausgaben.

Hesses Volksbücherei enthält in gediegener Ausstattung eine ganze Reihe von Werken der Erfüllungskunst. Neben verschiedenen Beiträgen von älteren, berühmten Dichtern sind reichlich Schöpfungen einer jüngeren, ersten Schriftsteller der Gegenwart aufgenommen, so von:

Anzengruber / D. Blüthgen / Helene Böhlaus
Otto Ernst / Max Erich / Gustav Falke
Kurt Huch / Willy Jenike / Max Treher
Oskar Lissauer / Ch. Niese / A. v. Perfall
W. Krause / Peter Roediger / Frida Schanz
L. Trinarius / Clara Viebig / Ernst Wichert
Arthur Jopp u. o. a.

Schriftliches Journal, große deutsche Schriften und ähnliches.

Die neuen Nummern sind nach zu hohen Kosten zu kaufen.
Beständige Kataloge lieferlos zur Verfügung.

Gebrüder J. & C. Meyer & So.
Johannisstraße 46.

Von der Lehrmeister-Bibliothek

empfohlen wird besonders folgende Bändchen:

| | |
|---|-------------|
| Das Einmale der Gewisse ... 40.- | Nr. 343—44 |
| Das Einmale der Frühe ... 20.- | Nr. 3. |
| Gräfe u. Starbewahrung des Obfites 40.- | Nr. 55—56. |
| Die Frühschaftsbereitung 20.- | Nr. 343. |
| Bewerbung d. Königs im Haushalt 20.- | Nr. 77. |
| Filzfüße 20.- | Nr. 300. |
| Billige Fleißigerfilzfüße 20.- | Nr. 320. |
| Auslandserlebnisse 40.- | Nr. 334—35. |
| Billige Filzfüße 40.- | Nr. 350—51. |
| Ein Hauf Arbeitserlebnisse 20.- | Nr. 46. |
| Begeisterndes Kochbuch 20.- | Nr. 187. |
| Kochfüße und Kochventil 20.- | Nr. 345. |

Buchhandlung von

Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

Kleine fortlaufend
Säcke
oder 10. oder 20. Pf.
Lissauer,
R. Böckeler 8.
Kauf- und Verleihbuch angestellter
Verleihstellen. (6045)

England und die
Sperrung der See

Preis 20 Pf.

Buchh. Friedr. Meyer & Co.

AllerArbeiter

tanzen gern und gut ihre
Arbeitskleidung bei

Otto Albers

Markt 4. Kehrwmarkt 10.

Abteil. des Reich-Spar. Embes.

Bilderleisten
einrahmungen

Oscar Tauchnitz, Glashandig.,
Fleischhauerstr. 35. Fernruf 2803.

Sozialistische Dokumente
des Weltkrieges.

Eine Darstellung der Haltung der
organisierten Arbeiter aller Länder
zum Weltkrieg, mit kurzen ge-
schichtlichen und geopolitischen
Einleitungen.

I. Heft: Politik und Krieg —
Grundzüge der englischen Politik.
Von M. Beyer.
Preis 10 Pf.

Buchh. Friedr. Meyer & Co.

Der Friede und die Internationale

Von Hugo Poetsch.

Preis 10 Pf.

Buchh. Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

Rednungs-Formulare

werden hergestellt in der
Buchdruckerei „Lüb. Volksbote“

10 Pfennig

hält vorrätig

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.,

Johannisstraße 46.

10 Pfennig

Donnerstag 8 Uhr:

Zum letzten Male:

Hoffmanns Erzählungen.

Oper von J. Offenbach.

Freitag, den 12. Januar 1917

Anfang 8 Uhr:

Boccaccio.

Operette von Fr. v. Suppé.

Sonnabend, d. 13. Januar 1917

Anfang 8½ Uhr:

Die versunkene Glocke.

Schauspiel von G. Hauptmann.

Sonntag, den 14. Januar:

Nachmittags 3 Uhr:

Zum letzten Male:

Aschenbrödel

Johannisstraße 46.

Vereinigung zur Verunreinigung.

Drei Gruppen der Opposition in der sozialdemokratischen Partei traten am Sonntag in Berlin zu einer Beratung zusammen, die nach Angabe der Einberufer die Taktik der oppositionellen Abgeordneten im Reichstag und „Mafregeln zum Schutz des Parteistatus und der Organisation“, sichtlich auch „die Sicherung der Eigentumsrechte an ihren Zeitungen“ betreffen sollte. Die drei Gruppen sind die „Arbeitsgemeinschaft“, die um die Zeitschrift „Internationale“ vereinigte Gruppe (Spartakus-Gruppe) und die Gruppe „Internationale Sozialisten Deutschlands“ um Julian Borchardt. Wenigstens von diesen drei Gruppen lagen der Zusammenfassung Entschließungen vor, von denen der offizielle Bericht zwei wiedergibt, die der „Arbeitsgemeinschaft“ und die der Spartakus-Gruppe. Es mag aber wohl sein, daß innerhalb jeder dieser Gruppen wiederum verschiedene Richtungen bestehen, die nur auf den richtigen Zeitpunkt warten, um sich der Öffentlichkeit vorzustellen. Auf der Konferenz hatte die „Arbeitsgemeinschaft“ die stark überwiegende Mehrheit. Auf ihre Entschließung stimmten 111 Stimmen, auf die der Spartakus-Gruppe 24, auf die der „Internationalen Sozialisten Deutschlands“ (um Julian Borchardt) 7.

In der Schlußrede gab der Vorsitzende, Reichstagsabgeordneter Dittmann, den Versammelten die taktischen Weisungen: „Jede Gruppe hat ins Land hinauszugehen, um zu wirken im Sinne ihrer Anschauungen.“ Da sich in den Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Gruppen als einziger Punkt der Übereinstimmung der Widerstreit gegen die Mehrheit der Partei und gegen den Parteivorstand ergeben hat, so kann die Mahnung nicht anders aufgefaßt werden, denn als die Aufforderung, innerhalb der Parteiorganisation das Zerstörungswerk weiter zu treiben, jede Gruppe nach ihrer Methode, nur einig über das Endziel“.

Der „Vorwärts“, der sich auch mit dem Oppositiions-Parteitag beschäftigt, sagt: „Man kämpft auch ja nicht mehr um Grundsätze, sondern einzige und allein darum, einer bestimmten Personengruppe die Leitung der Partei zu erobern.“ Wir freuen uns, daß das endlich einmal im Zentralorgan klipp und klar ausgesprochen worden ist. Es handelt sich wirklich darum, die Leitung der Partei an eine bestimmte Personengruppe zu bringen, und um nichts anderes. Da gibt es allerdings noch Rivalitäten, und diese machen einstweilen viel Schwierigkeiten. Wer zu guter Letzt wird sich schon eine Verständigung erreichen lassen, wenn nur erst das Feld frei ist; und läßt sich die Verständigung nicht herbeiführen — ei, dann wird eben das Recht der Mehrheit gegen die Minderheit anwendet, gerade das, was man jetzt dem ordnungsmäßig gewöhnlichen Parteivorstand vorwirft.

Grundgesetzes — wo ist es denn zu finden? Der erste Redner der „Arbeitsgemeinschaft“ sprach von der Politik des Parteivorstandes und der alten Fraktion, wie sie im „Vorwärts“ zum Ausdruck komme, der „Verwaltung der Klassengegensätze“ betreibe. Weiter sprach er von einer „Massenbewegung“. Ein zweiter Redner derselben Gruppe warf dem Parteivorstand und der Fraktion „bedingungslose Unterstützung“ der Regierungspolitik vor. Darauf erhob sich einer von der Spartakus-Gruppe und wendete sich gegen die „Arbeitsgemeinschaft“, die keinen einheitlichen Standpunkt habe, besonders nicht in der Frage der Kriegserklärung; der Minderheit der Fraktion und der gesamten „Arbeitsgemeinschaft“ mitteile er die „grundliche“ Meinung: „verschrobenen Gestalt“! Ehrlich sonst der Vertreter und Führer der dritten Gruppe, um zu verhindern, auch die Spartakus seien involviert! Es heißt vorwurfs nur er, als der „Grundgesetz“, bis sich ein noch „Grundgesetz“ findet, der auch ihn in die Hölle der Unfälle und Unzulänglichkeiten stützt.

Das waren die Reden. Wie sind nun die Erfahrungen? Die mit den meisten Stimmen befürte der „Arbeitsgemeinschaft“ enthält fast nichts als Unklarheiten, den Parteivorstand und spricht nur in einem Satz vom Ziel der Sozialdemokratie, die kapitalistische Produktionsweise in eine sozialistische umzuwandeln. Die Entwicklung der Spartakus bringt das Schlußwort vom „proletarischen antimperialistischen Klassenkampf“, wobei es jeder denken kann, was er will, und macht im übrigen taktische Vorschläge, die wider auf das Wort hinauslaufen: „Massenaktion“. Mit diesem Rezept kann die Spartakus-Gruppe unter ihrer Gesellschaft und Partei, die zu Unisonoantritten neigen, persönliches Unheil anrichten, aber sonst nichts erreichen. Ubrigens sollte die Wahl in St. Petersburg haben, wie es mit der „Masse“ im Sinne der Spartakus steht. „18 — 18 — 18“ — zehn — Stimmen für Rückzug, neun in der Versammlung, in der die Kandidatenwahl vorgenommen wurde, sich die doppelseitige Zahl für einen Wahlhälften Rückzug erklärt hatte.

Schuld und Söhne.

Roman aus dem Russischen von A. M. Tolstojewski.

64. Fortsetzung.

„Ich, ich“ — brachte sie nach einer Minute hervor, „verzeiht, wenn ich Euch höre“ jagte sie stotternd. „Ich komme von Katharina Iwanowna, sie konnte niemand anders bitten; Katharina Iwanowna hat mir befohlen, Euch morgen zum Totenamt zu bitten, früh, zur Messe in der Kiprianiewsk.“ Dann möchte Ihr bei uns — bei mir — das Totenmahl mit essen, Ihr möchtet Ihr die Ehre erweisen, sie hat mir befohlen, Euch darum zu bitten.“ Sie verfluchte.

„Ich werde mich bemühen — gewiß“ antwortete Raskolnikow, sich ebenfalls erhebend, und ebenso stotternd und unsicher sprechend. „Sieht nur fijan.“ jagte er dann, „ich muß mit Euch sprechen, vielleicht habt Ihr Eile — aber bleibt, gönnt mir noch einige Minuten.“

Er rückte ihr den Stuhl hin; Sonja setzte sich wieder scheu und schüchtern, blickte schnell nach den beiden Damen und senkte dann den Kopf.

Das bleiche Gesicht Raskolnikows glühte jetzt, er erschien wie umgewandelt und seine Augen funkelten.

„Maminca,“ sagte er fest und sicher, „dies ist Sofia Semjonowna Marreladowa, die Tochter jenes unglücklichen Herrn Marreladow, den gestern vor meinen Augen die Brüder zu Boden traten und von welchem ich Euch schon erzählte.“

Pulcheria Alexandrowna schaute Sonja an und blinzelte leicht; trotz all ihrer Unrechtslosigkeit vor dem taktischen und herausfordernden Blick Rodjos konnte sie sich dieser Genugtuung nicht enthalten. Durja blieb ernst und aufmerksam gerade in das Gesicht des armen Mädchens und musterte es mit zweifelhaften Blicken. Als Sonja die Vorstellung hörte, erhob sie ihr Auge wieder, aber nur unter noch gräßerer Verwirrung, als vorher.

„Ich möchte fragen,“ wandte sich Raskolnikow schnell an sie, „wie es heute bei Euch geht? Ihr werdet doch nicht beunruhigt — etwa von der Polizei?“

„Nein; es ist alles vorüber. Es war zu augenscheinlich, woran er gesessen ist, und man hat uns in Ruhe gelassen; nur die anderen Mietet sind bös auf uns.“

„Rechthalb denn?“

„Weiß der Leibnam zu lange im Hause bleibt; es ist jetzt so heiß, der Geruch — daher soll er heute zur Vesperzeit nach dem Kirchhof gebracht werden und morgen in die Kapelle. Katharina Iwanowna wollte anfanglich nicht, aber sie sieht jetzt selbst, daß es nicht anders geht.“

Drei Viertel dieser „entschiedenen Opposition“ brachten also für ihre „Überzeugung“ nicht einmal das kleine Opfer, zur Wahlurne zu gehen! Und doch wird mit aller Zuversicht von „Massenaktionen“ gepredigt —

Jedoch ist alles Gerede über Ziele und Mittel nur die Hülle für den eigentlichen Zweck der Konferenz, die etwas abgelaufene Oppositionsbewegung wieder zu beleben. Für die einen dreht es sich darum, die Leitung der Partei oder größere Teile der Partei in die Hand zu bekommen, für die anderen um eine Spaltung, damit sie, die bisher den ihnen nach eigener Meinung aufrichtenden Platz in der großen Organisation nicht verlangen könnten, wenigstens als Sektenführer sich einen Namen zu machen vermögen. „Lieber in diesem Nest der Geiste, als in Rom der Zweite,“ sage: Cäsar; er hat auch heute Gefinnungsgenosse.

Die deutsche Sozialdemokratie, seit sie zu einer starken Partei erwuchs und sich eine starke Organisation gab, bot bisher solchen Naturen wenig günstige Aussichten. Das feiste Gejüge, vor allem aber der stark entwidmete Sinn der deutschen Arbeiter für Demokratie verhinderte es, daß unter dem Vorwand „prinzipieller“ Abweichungen sich besondere Zirkel bildeten, die gegenseitig wirkten. Bei aller Freiheit der Meinungsausübung blieb doch immer das Handeln dem Willen der Mehrheit unterworfen; an der Geißlosigkeit der Aktion ließen die deutschen Arbeiter nicht rütteln. Denn sie wissen, was Klasse ist und was die erste Notwendigkeit für einen Erfolg ist; sie spätschieren ja nicht im Studierzimmer über Strategie und Taktik, sondern führen den Kampf und kennen aus Erfahrung die Bedeutung der Einigkeit. Aber der Krieg mit seinen Kriegsmaßnahmen schuf eine Lage, die für besonders strebsame Leute ganz neue Möglichkeiten bot. Im Anfang hielten sie sich flug zurück, denn die Stimmung der Volksmassen war derart, daß — nach dem Urteil eines heute in der „Arbeitsgemeinschaft“ kräftig „prinzipiell“ wirkenden Mannes — Verweigerer der Kriegskredite schon auf dem Wege vom Reichstag bis zum Brandenburger Tor gewisse Unannehmlichkeiten erfahren hätten. Aber der Krieg hatte eine ungeahnte lange Dauer; der Aushungerungsversuch Englands hatte insofern Wirkung, als Knappheit an verschiedenen Bedarfsgütern eintrat; Misgriffe der Behörden, vor allem aber das schamlose Treiben der Kriegswucherer jeder Art kamen hinzu. Die aus den verschiedensten Quellen entstehende Unzufriedenheit war vorhanden und konnte ausgenutzt werden. Wurde ausgenutzt! Jetzt standen auf einmal jene auf, die bisher ihre „grundgesetzlichen“ Ansichten fortsetzen, fortsetzten und mit Erfolg.

Die angenommene Entscheidung lautet:

Seit Ausbruch des Krieges ist der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands bestrebt, mit allen Mitteln die Gesamtpartei auf die Politik der Reichstagsfraktion vom 4. August 1914 festzuhalten, so daß dieser Politik dienbar zu machen. Den wachsenden Widerstand versuchte er durch planmäßige Gewaltmaßregeln unter Verleugnung des Organisationsstatuts der Partei niederzuhalten.

Zeichen dieses parteizerrüttenden Treibens sind sein Auftreten in Berlin, Bremen, Duisburg, Frankfurt, Stuttgart, die rechtswidrige Auslieferung der Presse an die Abhänger seiner

Welt, auch an Orten, wo die Parteiorganisationen in großer Mehrheit auf dem Boden der Opposition stehen, die Maßregelung der Redakteure in Berlin, Bremen, Duisburg und Stuttgart, der Missbrauch des Parteiausschlusses zur Detektion der Vorstands- politik und seines statutenwidrigen Handelns und das Herausdrängen der oppositionellen Abgeordneten aus der Reichstagsfraktion.

Die angenommene Entscheidung lautet:

Seit Ausbruch des Krieges ist der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands bestrebt, mit allen Mitteln die Gesamtpartei auf die Politik der Reichstagsfraktion vom 4. August 1914 festzuhalten, so daß dieser Politik dienbar zu machen. Den wachsenden Widerstand versuchte er durch planmäßige Gewaltmaßregeln unter Verleugnung des Organisationsstatuts der Partei niederzuhalten.

Zeichen dieses parteizerrüttenden Treibens sind sein Auftreten in Berlin, Bremen, Duisburg, Frankfurt, Stuttgart, die rechtswidrige Auslieferung der Presse an die Abhänger seiner Welt, auch an Orten, wo die Parteiorganisationen in großer Mehrheit auf dem Boden der Opposition stehen, die Maßregelung der Redakteure in Berlin, Bremen, Duisburg und Stuttgart, der Missbrauch des Parteiausschlusses zur Detektion der Vorstands- politik und seines statutenwidrigen Handelns und das Herausdrängen der oppositionellen Abgeordneten aus der Reichstagsfraktion.

So hat der Parteivorstand die ihm von der Gesamtpartei aufgelegte Pflicht, allen Anschauungen innerhalb der Partei freie Betätigung auf dem Boden des Parteiprogramms zu gewähren, die Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Parteipresse zu wahren, die Parteipresse zum Kampf gegen den Kapitalismus und die von diesem betriebene Politik zusammenzuhalten, fortwährend verfolgt und mit Erfolg zur Förderung seiner Sonderbestrebungen die ihm innerhalb der Organisation zugewiesenen Befugnisse übertragen. Den Parteigenossen erwacht damit die dringende Pflicht, zum Schutze gegen dieses organisationswidrige und die Partei gefährdende Verhalten des Vorstandes, zur Wahrung der Parteigrundsätze und des Parteistatuts einheitlich und entschlossen aufzutreten.

Die Orts- und Kreisorganisationen, deren Mehrheit die Auffassung der Opposition teilt, haben in stete eng fühlung zueinander zu treten. Dort, wo die oppositionellen Genossen nicht die Mehrheit in der Organisation haben, haben sie im Rahmen des Parteistatuts unverzüglich für die Ausbreitung ihrer Anschauungen zu wirken und zur Erfüllung der der Opposition im Interesse der Partei obliegenden Aufgaben, sowie zur eigenen Belohnung in geeigneter Weise einen Zusammenschluß herbeizuführen.

Die Sperre der Parteiblätter, die als schärfstes Misstrauensvotum gegen den Parteivorstand gedacht ist, ist als ungeeignet zurückgewiesen, da sie die finanzielle Macht des Parteivorstandes in keiner Weise ändert und ihm nur eine begrenzte, wenn auch im Parteistatut nicht begründete Handhabe bietet, Parteioorganisationen „außerhalb der Partei“ zu allen und ihren Einfluss auf die Entwicklung der Partei auszuschalten.

Diesen Einfluß preiszugeben, wäre ein großer Fehler. Der Parteitag, der nach Wiederherstellung verfassungswidriger Organisation und gründlicher Vorbereitung zusammenzutreffen, soll die Opposition auf ihrem Platz finden, wenn es gilt, darüber zu entscheiden, ob die Partei die alten Bahnen aufgeben soll.

Ziel der Sozialdemokratie ist es, die kapitalistische Produktionsweise, deren Anhänger sich besonders im Kriege gezeigt hat, in die sozialistische umzuwandeln, die politische Macht zu diesem Zweck zu erringen und den Kampf um diese zu einem einheitlichen zu gestalten.

Die während des Krieges vom Parteivorstand betriebene Politik ist damit unvereinbar, weil sie die Bourgeoisie stärkt, bei ihrer Machtverweiterung hilft, die Arbeiterschaft dagegen noch mehr spaltet und in der Verfolgung des sozialistischen Ziels hemmt.

Aufgabe der Opposition ist es, die arbeitende Kaste auf das alte Kampffeld zurückzuführen und überall die grundgesetzliche Politik der Sozialdemokratie zu fördern.

„Also heute?“ —

„Sie bitten Euch, uns die Ehre bei der Messe in der Kirche zu geben, morgen, und darauf zu ihr zu kommen, um an dem Totensonnen teilzunehmen.“

„Sie will ein solches austreten?“

„Ja, nur einen Trubel; sie hat mir befohlen, Euch herzlich zu danken dafür, daß Ihr uns gestern geholfen habt; ohn: Euch hätten wir nichts zur Beerdigung gehabt.“ Ihre Lippen und ihr Kinn begannen plötzlich zu bebem, aber sie hielt an sich und senkte dann wieder den Blick auf den Boden.

Während ihres Sprechens hatte Raskolnikow sie unablässig beobachtet. Es war ein schlichtes, einfaches Gesichtchen, ganz bleich und ziemlich unregelmäßig, etwas edig, mit einer kleinen spitzen Nase und spitzem Kinn, was er sah. Man kannte das Mädchen nicht hübsch nennen, aber ihr blaues Auge war so klar, und wenn es aufwachte, war der Ausdruck ihres Gesichts so gutmütig und herzig, daß man sich unwillkürlich von ihr angezogen fühlte. In ihrem Gesicht, über ihrer ganzen Gestalt lag zudem ein eigener, charakteristischer Hauch; trotz ihrer achtzehn Jahre konnte sie noch als Kind gelten, denn sie sah bei weitem jünger aus, und dies erschien fast komisch in gewissen Bewegungen.

„Aber wie hat Katharina Iwanowna mit so geringen Mitteln alles dies ausrichten können? Auch ein Totensonnen hat sie hergestellt?“ fragte Raskolnikow, die Unterhaltung beharrlich fortführend.

„Er wird nur ein einfaches Grab erhalten — alles wird ganz einfach sein, damit es nicht teuer werde; wir haben bereits mit Katharina Iwanowna alles ausgerechnet, und es wird ihr sogar noch etwas bleiben, um für seine Seele beten zu lassen. Katharina Iwanowna hat sehr gewünscht, daß es so gehalten würde. Man kann nicht anders — es ist ihr einziger Trost, sie ist ja so, Ihr wißt es wohl.“

„Ich verstehe, verstehe — gewiß — aber weshalb blickt Ihr denn meine Wohnung so an? Maminca dort sagt selbst, daß sie einem Grabe ähnlich lebe.“

„Sie hat uns gestern Euer ganzes Haben gegeben“, fuhr Sonja plötzlich zur Antwort fort, halblaut und schnell flüsternd, worauf sie wiederum schnell den Kopf senkte. Lippen und Kinn begannen ihr von neuem zu zittern; sie war schon lange von der armelosen Umgebung Raskolnikows betroffen und diese Worte entzogen ihr jetzt wie von selbst. Ein Schweigen trat ein. Die Augen Dunjas wurden heller und auch Pulcheria Alexandrowna blickte jetzt freundlicher auf Sonja.

„Rodja“, legte sie, aufstehend, „wir speisen zu Abend selbstverständlich zusammen; Dunja, komm, wir wollen nun gehen. Du müßtest doch ein wenig gehen Rodja, spazieren gehen und die

dann ausruhen, niederlegen und später zu uns kommen. Wir haben dich jedenfalls ermordet, fürchte ich.“

„Zumal, ja, ich werde kommen“, antwortete er, sich erhobend, „ich habe übrigens noch etwas zu erledigen.“

„Wollt Ihr denn allein zu Abend essen?“ rief Rasumicha, verwundert auf Raskolnikow blickend, „was soll dies heißen?“

„Ich werde kommen, ganz sicher komme ich; du bleibst noch eine Minute bei mir, Ihr benötigt jedoch doch nicht, Maminka? Oder kann ich ihn Euch entziehen?“

„O, nein, nein! Ihr kommt doch zum Abendessen, Dmitry Prokopjitsch, sei so freundlich!“

„Bitte kommt“, bat auch Dunja.

Rasumicha verneigte sich beglückt; auf einen Moment standen alle wie von plötzlicher Verzweiflung besessen.

„Leb wohl, Rodja, das heißt auf Wiedersehen; ich sage nicht gern „Leb wohl“.“ Leb wohl, Maminka, ach, da habe ich ja doch wieder „Leb wohl“ gesagt.“

Pulcheria Alexandrowna wollte sich auch von Sonja verabschieden, aber sie vermochte es nicht und ging schnell zum Gemach hinzu.

Adotja Romanowna wartete ihrerseits, und als sie, der Mutter folgend, hinausging grüßte sie sie mit einer aufmerksamen, höflichen und vollendetem Verbeugung. Sonja geriet in Verwirrung, sie verneigte sich bestürzt und erschrockt, eine schmerzhafte Empfindung erschien auf ihrem Gesicht, als sei ihr die Höflichkeit und Aufmerksamkeit Adotja Romanownas drückend und qualvoll.

„Dunja, leb' wohl!“ rief Raskolnikow beinahe auf den Treppeflur hinaus, „gib mir noch die Hand!“

„Ich gab sie dir ja schon, hast du es verlassen?“ fragte Dunja, freundlich und langsam sich nach ihm umwendend.

„Was tut das, da gibst du sie mir nochmals!“

Er drückte ihre kleinen Finger fest, Dunja lächelte ihm zu, erwiderte und entzog ihm ihre Hand schnell, worauf sie der Mutter nacheilte, welche ebenfalls ganz zufrieden grinste.

„Es ist ganz gut so,“ sagte er nun zu Sonja, indem er zu dieser zurückkehrte und sie klar anblickte, „der Herr gebe den Toten die Ruhe, die Lebenden aber mögen noch leben, nicht wahr. Es ist es?“

Sonja schaute verwundert auf sein plötzlich aufleuchtendes Gesicht, und er blickte sie einzig Augenblide schwermüdig und unverwandt an; die ganze Erzählung von ihrem verstorbenen Vater über sie kam ihm jetzt plötzlich wieder in die Erinnerung —

„Mein Gott, Dunja,“ begann Pulcheria Alexandrowna gleich, nachdem sie auf die Straße getreten war, „ich bin jetzt wahrhaft erfreut, daß wir gegangen sind; es wird mir nun leichter ums Herz. Hättet ich gestern im Wagon vermuten sollen, daß ich mich hierüber freuen müßte!“

(Fortsetzung folgt.)

